

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 31.07.2016
zur Berichterstattung vom 22. und 30.07.2016

In einer Programmbeschwerde vom 31.07.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam erneut die Berichterstattung von ARD-aktuell. Dieses Mal geht es erstens um eine Meldung auf tagesschau.de vom 30.07.2016 zur Sperrung des Karawankentunnels aufgrund eines Putin-Besuchs in Slowenien und zu anderen Staus zur Ferienzeit:

<http://www.tagesschau.de/ausland/stau-111.html>

Zweitens geht es um die Sondersendung im Ersten am 22.07.2016 zum Amoklauf in München.



ARD-aktuell hat sich auf diese Eingabe hin die Berichterstattung noch einmal angesehen.

Stellungnahme der Redaktion zu Punkt 1:

Die Beschwerdeführer nennen die Überschrift „Putin sorgt für Staus“ „dämlich“ und „gehässig“. Zudem vermuten sie offenbar, dass Zweck der Meldung gewesen sei, einer Putin-feindlichen Haltung Ausdruck zu verleihen. Tatsache ist, dass die Karawanken-Autobahn in Kärnten eine wichtige Reiseroute für viele Urlauber ist. Die Route wird vor allem für Ferienreisen nach Kroatien, Slowenien und Italien genutzt. Das ging aus der Meldung auf tagesschau.de ebenso hervor wie Hinweise auf andere Staus an dem Wochenende, zum Beispiel am Gotthard-Tunnel oder in Norddeutschland. Die Angaben zum Karawankentunnel dienten der Information für Reisende, die diese Strecke nutzen wollten. Dabei wurde selbstverständlich auch der Grund der Sperrung nicht verschwiegen – nämlich die Sicherheitsvorkehrungen anlässlich eines Staatsbesuchs des russischen Präsidenten. Die Zuspitzung in der Überschrift ist nach unserer Auffassung zulässig. Die Unterstellungen und Beschimpfungen der Beschwerdeführer weisen wir entschieden zurück. Aus gegebenem Anlass appellieren wir erneut an die Herren Klinkhammer und Bräutigam, sich in Tonlage und Ausdrucksweise ihrer Programmbeschwerden zu mäßigen. Auf sachlicher Ebene setzen wir uns stets gern mit Kritik an unserem Programm auseinander.

Stellungnahme der Redaktion zu Punkt 2:

Bezüglich der Sondersendung zum Amoklauf in München werfen die Beschwerdeführer dem Moderator Thomas Roth „Panikmache“ vor und meinen einen Verstoß gegen Programmauftrag und -richtlinien des NDR-Staatsvertrags zu erkennen. Diesen Vorwurf weisen wir als haltlos zurück. Der Amoklauf von München war für die ARD wie auch für andere Nachrichtenmedien eine besondere Herausforderung: Einerseits gab es lange Zeit viele Spekulationen und kaum gesicherte Informationen. Andererseits erwarten die Zuschauer zu Recht, von uns umfassend informiert zu werden – zumal zeitgleich in den sozialen Netzwerken bereits zahlreiche Augenzeugenberichte und Bilder kursierten.

Die Reaktionen auf die stundenlange Sonderberichterstattung der ARD waren sehr unterschiedlich: Die einen kritisierten das Ausmaß und den spekulativen Charakter der Sendungen, die anderen bedankten sich bei der Redaktion für die mehrstündige Berichterstattung. Bei aller berechtigten Kritik im Detail, ist die Redaktion davon überzeugt, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Dessen ungeachtet möchten wir den Beschwerdeführern die Entwicklung der Nachrichtenlage am Abend des 22.07.2016 erläutern:

Gegen 18:30 Uhr gab es die erste Eilmeldung über eine Schießerei im Münchner Olympia-Einkaufszentrum. Etwa eine halbe Stunde später forderte die Münchner Polizei die Bevölkerung zunächst auf: „Meiden Sie die Umgebung um das OEZ – Bleiben Sie in Ihren Wohnungen. Verlassen Sie die Straße!“

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass es Verletzte und möglicherweise auch Tote gegeben hat. Knapp 20 Minuten später warnte die Polizei die Bevölkerung per Kurznachrichtendienst twitter: „Meiden Sie öffentliche Plätze in München. Die Lage ist noch unübersichtlich.“

Gegen 19:30 Uhr kam es dann auch zu einem Großeinsatz der Polizei in der Münchner Innenstadt. Marienplatz und Odeonsplatz werden geräumt. Gerüchte über angebliche weitere Schießereien machten die Runde. Kurz darauf wurde der U-Bahn-Verkehr in der Innenstadt eingestellt.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass es sich hierbei nicht um ein „normales“ Verbrechen wie etwa Raubüberfall oder Bandenkriminalität handelte. Vor dem Hintergrund der Anschläge in Frankreich und Belgien der vergangenen Monate gab es für die Redaktion in dem vorliegenden Szenario und auf Grundlage der Meldungen der Polizei, der Nachrichtenagenturen, der ARD-Reporter vor Ort sowie den Nachrichten in den sozialen Netzwerken viele Gründe dafür, dass auch München von einem Terroranschlag mit mehreren Tätern betroffen sein könnte.



Die im Folgenden eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen: Evakuierung des Hauptbahnhofes, komplette Einstellung des Nahverkehrs, Ausrufung des Sonderfalls durch die Stadt München wegen einer Amoklage deuteten auf eine weitere Eskalation der Lage hin. Schließlich sprach die Polizei gegen 20:42 Uhr von einer „akuten Terrorlage“, drei Täter mit „Langwaffen“ seien auf der Flucht. Im weiteren Verlauf des Abends wurde bekannt, dass die Münchner Polizei Spezialeinheiten aus mehreren anderen Bundesländern angefordert hatte, darunter die GSG9 der Bundespolizei.

Laut §11 des Rundfunkstaatsvertrages ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk u. a. mit der Information der Bevölkerung über nationales Geschehen beauftragt. Gerade in Gefahrensituationen und bei großräumigen Gefährdungslagen gilt der öffentlich-rechtliche Rundfunk als wichtige Informationsquelle. Viele Menschen suchen dann bei Tagesschau und Tagesthemen und auf tagesschau.de nach Informationen und Einordnung. So haben sich am 22.07.2016 mehr als acht Millionen Menschen in der Tagesschau um 20 Uhr über die Ereignisse in München informiert. Auf tagesschau.de informierten sich fast sechs Millionen Menschen, und von Freitag auf Samstag hat die Tagesschau auf facebook bis zu acht Millionen Menschen erreicht, fast 500.000 sahen dort den Livestream der Tagesschau um 20 Uhr.

Tatsächlich ist - wie oben geschildert - die Lage bei derartigen Großereignissen lange Zeit unübersichtlich. Reporter, Moderatoren und Experten stehen in dieser Situation vor der großen Herausforderung, die Ereignisse für den Zuschauer mit der gebotenen journalistischen Sorgfalt zu sortieren, zu gewichten und - sofern möglich - zu bewerten. Dies gelingt bei einer quasi spontan angesetzten Sondersendung nicht immer gleich gut. Dennoch erschienen der Redaktion die Ereignisse in München so ernst und bedeutend, dass sie die Zuschauerinnen und Zuschauer fortlaufend und ohne Unterbrechung informieren wollte. Den Vorwurf der „penetranten Panikmache“ weisen wir zurück.

Die Beschwerdeführer spekulierten zudem, warum die Sondersendung nicht online abrufbar sei. Das ist sie sehr wohl, unter folgendem Link:

<http://www.tagesschau.de/inland/muenchen-sondersendung-101.html>

Dr. Kai Gniffke
09.08.2016